



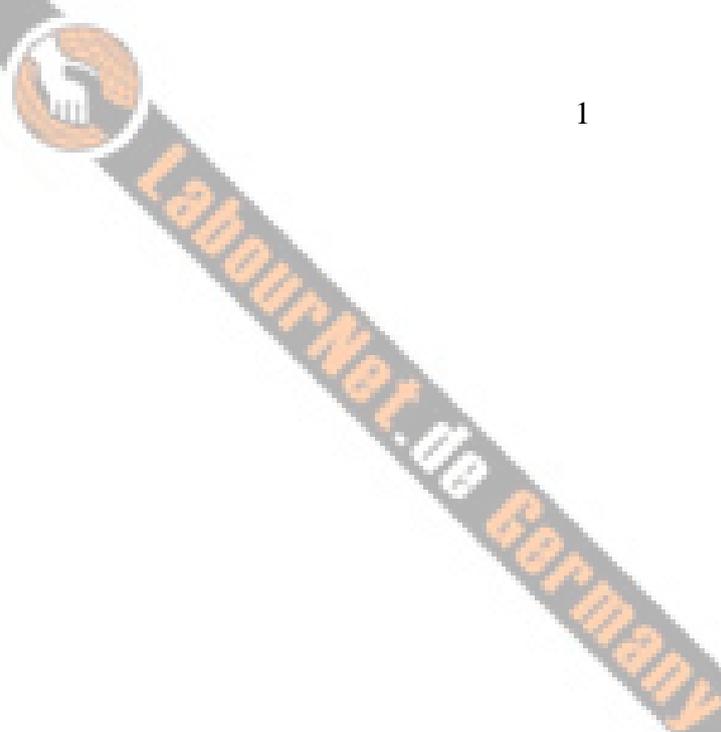
**ACCADEMIA ED ISTITUTO PER LA RICERCA SOCIALE
VERONA**

**PALAZZO ISTITUTO NAZIONALE DELLE ASSICURAZIONI – STUDIO GERMA
CORSO PORTA NUOVA 11 – I – 37122 VERONA**

Sozialbudget: Funktionselement für Exportexzess und Finanzkapitalismus

**Prof. (Gast) Albrecht Goeschel
Staatliche Universität Rostov
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona**

**Überarbeiteter Beitrag zur Fachkonferenz
“Solidarität im 21. Jahrhundert“:
Welche Standards braucht der Sozialstaat?
Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.
Königswinter
2.Juni 2014**



Herausgeber:
**Accademia ed Istituto per la
Ricerca Sociale Verona**
Corso Porta Nuova 11
I – 37122 Verona
Palazzo Istituto Nazionale delle
Assicurazioni – Studio Germa

Eigenverlag und Druck:
Akademie und Institut für
Sozialforschung e.V. – Korrespondenzbüro
D – 83250 Marquartstein
Staudacher Straße 9 b

Inhalt	Seite
Vorbemerkung	3
1. „Geschäftsmodell Deutschland“: Exportexzess und Finanzkapitalismus durch Dumpinglöhne und Eurowährung	5
2. Der (kapitalistische) Sozialstaat als schwacher Mehrwert-Garant und starker Profitraten-Treiber	5
2.1. Sozialbudgetwachstum substituiert Sozialproduktwachstum und Privatverbrauch	6
2.2. Sozialbudgetwachstum flankiert Kapitalumbau mittels Abschreibungen	8
2.3. Sozialbudgetwachstum basiert Exportüberschüsse	12
2.4. Sozialbudgetwachstum kompensiert Privatsparen	13
Nachbemerkung	16
Übersichten	20

Vorbemerkung

Seit den deutschen Bundestagswahlen mit der nachfolgenden Bildung einer Großkoalition ohne nennenswerte Opposition einerseits und den europäischen Parlamentswahlen mit einer Stärkung nationalistischer Gruppierungen andererseits ist die ökonomische und politische „Kritik“ in Deutschland noch kleinlauter geworden, ja sogar fast verstummt. Ihr scheinen schlichtweg die Themen und die Argumente abhanden gekommen zu sein.

Verwunderlich ist dies nicht: Die Großkoalition der Besserverdienenden hat die „Kritik“ im Lande mit einer Flut von „Belohnungen“ (Andrea Nahles) regelrecht überschlammt. Ein Gefühls- und Begriffsbrei aus Muttertag, Lebensabend und Trinkgeld hat bewirkt, dass das Publikum sich beschenkt fühlt, während es bestohlen wird. Natürlich hat sich die „Kritik“ diese missliche Lage, exemplarisch geworden in der Stimmenthaltung einer angeblich „linken“ Oppositionspartei beim Rentenpaket einschließlich „Müttermaut“ der Regierung, selbst zuzuschreiben.

2013 hat die „Kritik“ ihr jahrelanges theorieloses und erklärungs-freies Gejammere über „Armut“ als solche und Gebettle um mehr „Gerechtigkeit“ und „Gleichheit“, auch als solche, zu einem wahren Furioso gesteigert: Mit ihrer Kampagne „UmFairteilen“, die semantisch wie aus dem Bio- und Fairtraderegal im Supermarkt geholt wirkt. Genau das, „Umverteilen“, hat die Großkoalition dann auch getan: Sie hat umverteilt. Aus den Lohnfonds der einen Rentenbeitragszahler und Rentenzahlungsempfänger in die Lohnfonds der anderen Rentenbeitragszahler und Rentenzahlungsempfänger und aus den Rentenminderungen in die Mindestlöhne. Zusätzlich wurden auch noch einige Zahnarzt- und Rechtsanwaltswitwen etc. beglückt – in diesem Falle Brutto für Netto.

Als Hintergrund für die nun ziemlich blamierte „Kritik“ mit ihren Appellen und Petitionen fungieren seit Jahr und Tag die Sorge um den „Sozialstaat“ und die Klage über einen „Sozialabbau“. Natürlich: Solange die „Kritik“ gar nicht auf den Gedanken kommt, sich das wunderbare „Soziale“ im Kapitalismus einmal ein bisschen näher anzusehen, landet sie prompt zunächst beim „Umverteilungskonto“ der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und dann wohlverdient im „Belohnungssumpf“ der Andrea Nahles und zuletzt unrettbar in der „Stimmenthaltung“.

So gesehen ist es jetzt an der Zeit, die schon länger fällige Befassung mit dem „Sozialen“ im Kapitalismus, vor allem mit dem kapitalistischen „Sozialstaat“ und ganz besonders mit seinem Geldmaß, dem „Sozialbudget“ in der kapitalistischen Wirtschaft anzupacken. (1) Dabei ist es dringend nötig, das Vorurteil fallen zu lassen, „Soziales“ sei von sich aus schon etwas „Positives“ – da muss immer erst die Frage gestellt und die Antwort gegeben werden, wozu und für wen. Eine solche Herangehensweise ist übrigens gar nicht so ganz neu. 1983 wurde schon einmal in der damals gerade gegründeten Tageszeitung „Ärztezeitung“ darauf aufmerksam gemacht, dass Sozialausgaben, wenn auch auf verschlungenen Pfaden, recht förderlich für das Wirtschaftswachstum, sprich: die Gewinne seien. (2)

1. „Geschäftsmodell Deutschland“: Exportexzess und Finanzkapitalismus durch Dumpinglöhne und Euro-währung

Es gehört mittlerweile zum politik-ökonomischen „Bildungsgut“ der Finanz- und Realkrise, insbesondere der europäischen Banken-, Budget- und Währungskrise, dass die Real- und Finanzwirtschaft sowie der Staatshaushalt in Deutschland aus der Doppelkrise noch zusätzlichen Nutzen gezogen haben: Ausschaltung von europäischer Konkurrenz; Zinsgewinne aus europäischer Banken- und Budgetsanierung sowie deutsche Bundeshaushaltentlastung. (3) Dazu passen die Politik der „Belohnungen“ – besser: Sozialbestechungen durch die Großkoalition und die verdächtig leichten Siege der Gewerkschaften an der Lohnfront.

Durch diese „Extraprofite“ der verschiedenen Beteiligten in Deutschland hindurch ist aber weiterhin das für die Euro- und EU-Krise ursächliche „Geschäftsmodell Deutschland“ gut zu erkennen, das ja weder annulliert noch modifiziert, sondern mit Hilfe der Krise jetzt sogar für Europa generalisiert worden ist(4): Forcierung des Exportexzess durch Lohnspreizung und Lohnsenkung mittels „Reformen“ und Forcierung des Kreditexzess durch Hochabschreibung und „Finanzialisierung“ statt Realinvestitionen. Alles bei ökonomischer Wehrlosigkeit der Nachbarvolkswirtschaften infolge Unmöglichkeit einer Abwertung eigener Währungen und bei insgesamt flachem Wachstum vor allem wegen Lohnschwäche und damit Nachfrageschwäche. (5) Es geht nun darum, die Rolle des „Sozialen“ und des „Sozialstaats“, geldmaßstäblich beschrieben mit dem „Sozialbudget“, in diesem und für dieses „Geschäftsmodell Deutschland“ näher zu untersuchen.

2. Der (kapitalistische) Sozialstaat als schwacher Mehrwert-Garant und starker Profitraten-Treiber

Wenn man die überreichliche Literatur zum „Sozialstaat“ überblickt, gibt es nur einige wenige Diskussionsstränge und einige wenige Autor(inn)en, die über das individualisierende, juristische, normen- und pro- und kontrafaktenorientierte, bevorzugt panel- und indikatorenhuberisch orientierte Paradigma in der Sozialstaatsdiskussion hinausgehen. Zu erwähnen sind die politisch-ökonomische Fundamentalanalyse von Müller/Neusüss, (6) die kreislaufökonomische

Analyse von Hensen (7) und die regionalökonomischen Analysen von Goeschel. (8)

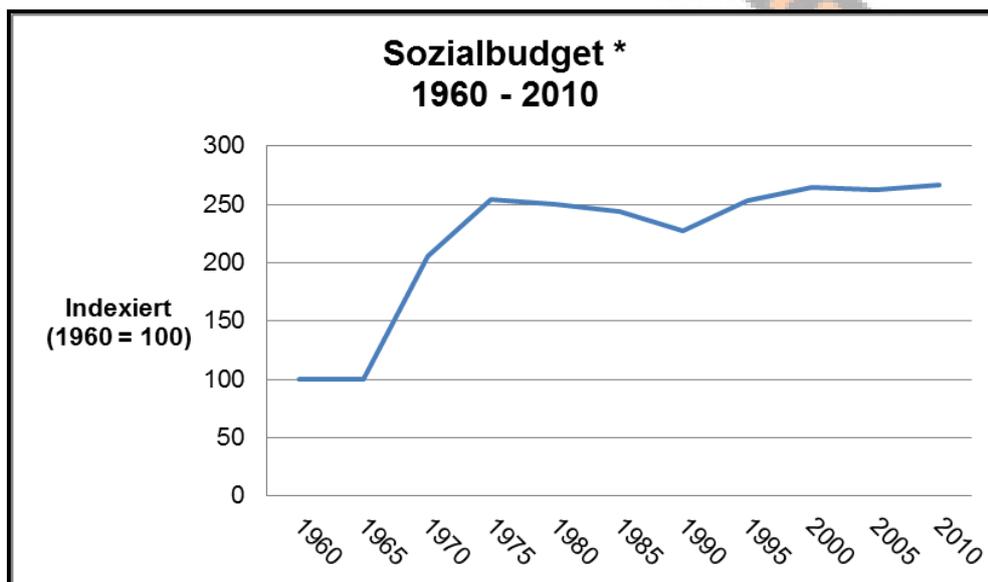
Mit Ausnahme der Vielzahl von regionalökonomischen Untersuchungen vor allem zur Sozialsicherung und Gesundheitsversorgung im Zusammenhang der jahrelangen Auseinandersetzungen über die Reform, vor allem (Finanz-)Organisationsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung (9) haben die beschriebenen politikökonomischen und kreislaufökonomischen Ansätze auch in der Real- und Finanzkrise keine Beachtung gefunden. (10) Die nachfolgenden Überlegungen sind ein Beitrag dazu, diese Analysen in die aktuellen Betrachtungen zurückzuholen. Nicht länger soll der kapitalistische Sozialstaat gegen die kapitalistische Krise verteidigt sondern als Mitursache der kapitalistischen Krise angezeigt werden. Dazu sollen einige Tabellen bzw. Grafiken die makroökonomischen Aspekte des „Sozialstaats“, besser des von ihm vor allem mittelbar erhobenen und ausgegebenen „Sozialbudgets“ verdeutlichen.

2.1. Sozialbudgetwachstum substituiert Sozialproduktwachstum und Privatverbrauch

Das Sozialbudget, hier dargestellt nach der Gesamtsumme der Geld- und Sachleistungen, also etwa Rentenzahlungen, Arbeitslosengeldzahlungen, Arztbehandlungen etc., wird wesentlich finanziert aus Sozialbeiträgen aus Abhängigarbeit sowie Direkt- und Indirektsteuern. Die Indexzahlen zeigen eine leicht schwankende aber letztlich anhaltende Zunahme, bald Verdreifachung zwischen 1960 und 2010 auf etwa 30 Prozent gegenüber einem insgesamt eher zurückbleibenden Bruttonationaleinkommen. (11)

Grafik: Sozialbudget 1960 - 2010

Von einem „Sozialabbau“ kann also nicht die Rede sein. Viel eher von einer Umschichtung innerhalb des Wirtschaftswachstums zugunsten eines stärker wachsenden Sozialbudgets in Relation zum schwach wachsenden Bruttonationaleinkommen. Das Sozialbudget mit einem Volumen von mittlerweile etwa 800 Milliarden Euro stellt nicht nur ein bedeutendes realwirtschaftliches sondern auch bedeutendes finanzwirtschaftliches, auch geldpolitisches Steuerungsvolumen dar.



Grafik: Sabine Graf

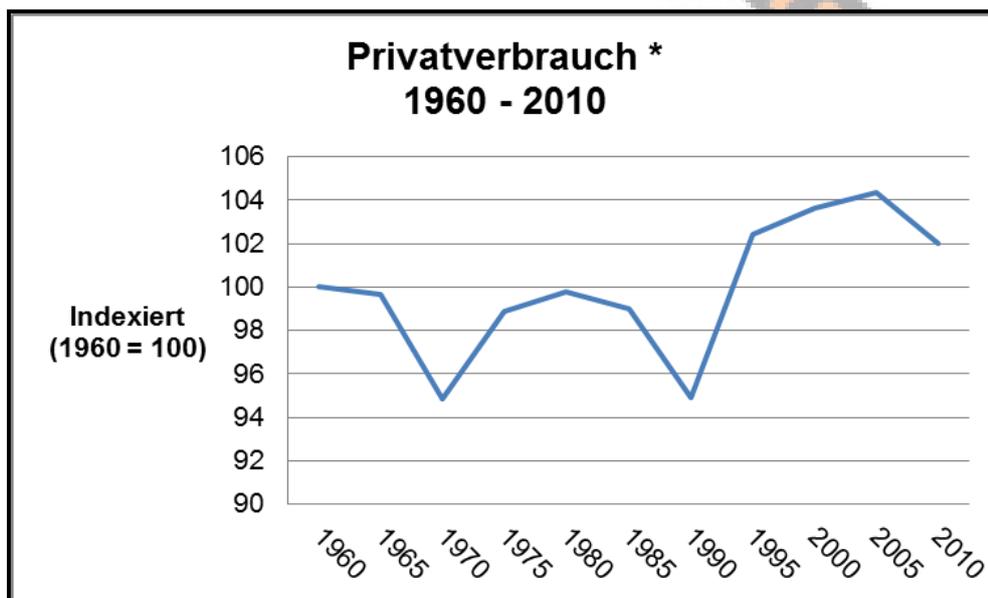
*) Sozialbudgetleistungen im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.1. und 7.1.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Sozialbudget liegt vor allem in seiner Erweiterungs- bzw. Ergänzungswirkung für das größte gesamtwirtschaftliche Aggregat, den Privaten Verbrauch. Dieser bleibt in seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt seit 1960 vergleichsweise konstant, steigt aber nach 1990 mit dem Sozialbudget an. Eine naheliegende Erklärung liegt in der Finanzierung der angeschlossenen DDR aus dem Sozialbudget. Das Sozialbudget finanziert sich umgekehrt zu nicht geringen Teilen aus den Beiträgen und Steueraufkommen aus der sozialen Gesundheits- und Pflegewirtschaft bzw. dem dortigen Gesundheits- und Pflegeverbrauch.

Grafik: Privatverbrauch 1960 – 2010

Ursache für einen auch statistischen Anstieg des Privaten Verbrauchs am Bruttoinlandsprodukt ist die rückläufige Entwicklung der Realinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Privatverbrauch, Investitionen incl. Vorräte, Staatsverbrauch und Außenbeitrag machen zusammen die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts aus.



Grafik: Sabine Graf

*) Privatkonsument als Anteil am Bruttoinlandsprodukt

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.4.

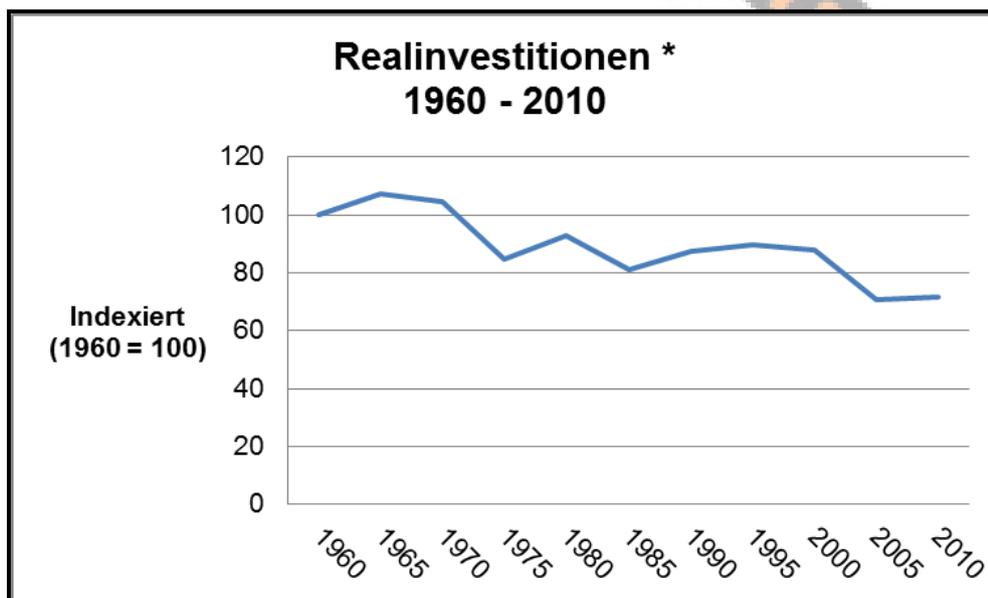
Dabei muss in der folgenden Darstellung berücksichtigt werden, dass die Realinvestitionen statistisch und real viel stärker zurück gegangen sind, als die Zahlen zeigen, wenn man die darin enthaltenen seit dem Jahr 2000 steil angestiegenen Exportüberschüsse, d.h. Inlandsproduktshergaben ans Ausland herausrechnen würde.

Grafik: Realinvestitionen 1960 – 2010

Steigender Privater Verbrauch, mitbewirkt durch steigendes Sozialbudget bei sinkenden Realinvestitionen, mitbewirkt durch Exportexzesse, oder kürzer gesagt: Sozialbudgetexpansion und Exportexzesse sind offenbar das ökonomische Grundmuster Deutschlands. Es wird gezeigt werden, dass und wie das expansive Sozialbudget als Instrument der (Neben-)Lohnmanipulation, der Lohnspreizung, der Niedriglohnausweitung und vor allem der Gesamtlohnsenkung für den Exportexzess entscheidend ist. (12)

2.2. Sozialbudgetwachstum flankiert Kapitalumbau mittels Abschreibungen

Aus den landläufigen Diskussionen, besonders aus den Talk-Shows kennt man das Totschlagargument des angeblichen „Über



Grafik: Sabine Graf

*) Bruttoanlageinvestitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.4.

die Verhältnisse lebens“, d.h. des zu hohen Privatverbrauchs bzw. der zu niedrigen Gewinne als angebliche Ursache für die seit Jahrzehnten chronische sogenannte Wachstumsschwäche, d.h. für die geringe Zunahme des Bruttonationaleinkommens. (13)

Das einzig Positive, das man dieser Stammtischökonomie noch abgewinnen kann, ist die Verknüpfung von wenigstens zwei Hauptkonten, d.h. von „Verwendung“ bzw. „Verteilung“ der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, da der Private Verbrauch unter „Verwendung“, die Gewinne unter „Verteilung“ gebucht werden. Ähnlich dürftige Argumentationen schaffen es ja noch nicht einmal zwischen dem einen und einem anderen Konto Wechselbeziehungen herzustellen. Die „Brücke“ besteht in den Arbeitseinkommen einerseits und dem Privatverbrauch andererseits. Das Totschlagargument meint ja auch, wenn es den zu hohen Privatverbrauch geißelt, in Wirklichkeit die angeblich zu hohen Arbeitseinkommen. Weil es moralisierend verpackt ist und auch gerne von der „Schwäbischen Hausfrau“ vorgetragen wird, ist das Totschlagargument daher zwar eingängig – aber trotzdem falsch. Die Unternehmen haben seit 1960 bis 2010 einen enormen Anstieg der Gewinne einschließlich der Erträge aus Auslandsvermögen aufzuweisen. In Relation zum Bruttonationaleinkommen hat es zwar zwischen 1960 bis 2000

die beklagte Gewinnabnahme gegeben, die aber ab 2000 wieder durch ordentlich steigende Gewinnrelationen abgelöst wurde. Das war der Zeitpunkt, ab dem mit Hilfe des expandierenden Sozialbudgets Lohnsenkungspolitik (und Exportexzess durch Lohndumping-Politik) betrieben werden konnte und betrieben wurde.

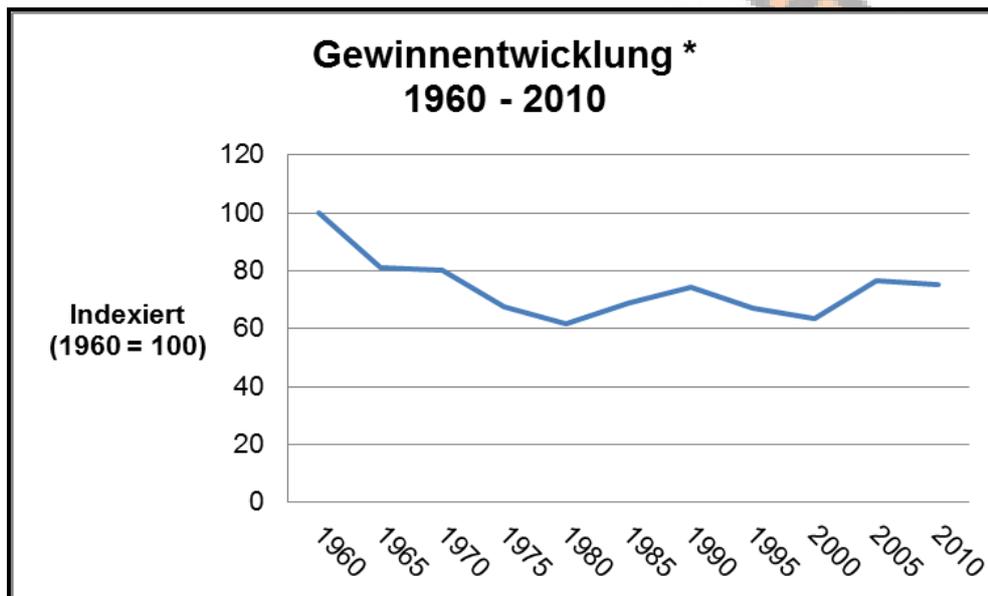
Vor allem aber wird bei der gesamten Diskussion über den Zusammenhang von Löhnen, bevorzugt: Lohn-Nebenkosten, Gewinnen und Wachstum mit gezinkten Karten gespielt: Bei den allschuldi- gen Lohn-„Nebenkosten“ wird unterschlagen, dass dies Löhne sind und Manipulationen am Sozialbudget Lohnsenkungen darstellen. Bei den Gewinnen wird unterschlagen, dass es ebenso wie die „Nebenlöhne“ auch „Nebengewinne“ gibt – in Form der Abschreibungen. Diesen Kapitalersatz machen die Unternehmen steuerlich geltend und behalten ihn vorab ein, sie ersetzen und erhalten damit ihr Kapital. Während der Arbeitnehmer von Marginalien abgesehen sein Arbeitsvermögen einschließlich Beiträge und Steuern für Sozialsicherung und Daseinsvorsorge immer wieder neu erarbeiten muss, erhalten die Unternehmen in jeder Wirtschaftsrunde ihr Kapitalvermögen vorab erneuert.

Richtigerweise muss man daher die Gewinne und die Abschreibungen im Zusammenhang betrachten. Sie machen ja auch zusammen mit den Arbeitseinkommen und den indirekten Steuern das sogenannte „Volkseinkommen“ aus.

Grafik: Gewinnentwicklung 1960 – 2010
Grafik: Kapitalersatz 1960 – 2010

Während die Unternehmensgewinne erst nach dem Jahr 2000 wieder stark angestiegen sind, gilt für den Kapitalersatz ein ungebrochener starker Anstieg um fast das Doppelte zwischen 1960 und 2010 – immer in Relation zum Bruttonationaleinkommen bzw. Bruttoinlandsprodukt. Zusammengedacht bedeutet dies einen enormen Kapitalaufbau in Deutschland. Zu bedenken ist dabei, dass die hohen Abschreibungen zum Rückgang der Gewinne statistisch beigetragen haben – wie Verluste.

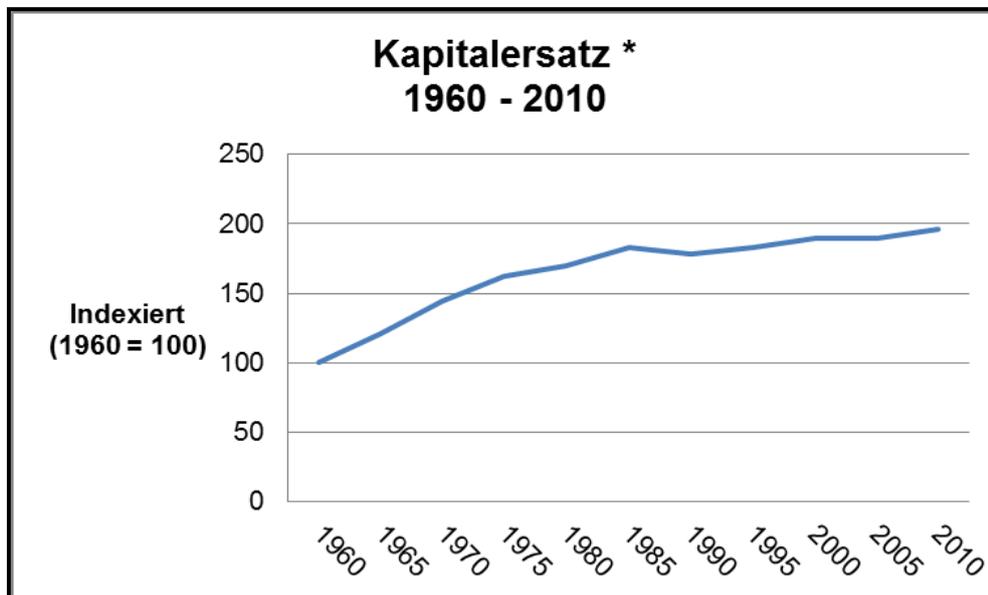
Nicht die zu hohen Löhne und die zu niedrigen Gewinne und umgekehrt nicht (nur) die wegen zu niedriger Löhne bzw. des zu niedrigen Privaten Verbrauchs zu niedrigen Realinvestitionen sind die Ursache für das schwache Wachstum des Bruttonationaleinkommens. Ein ganz anderer Zusammenhang, in dem dann das Sozialbudget eine zentrale Rolle spielt, ist wichtig: Die steile Entwicklung



Grafik: Sabine Graf

*) Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen ab 1970 Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen zzgl. Saldo der Gewinne/Verluste aus Auslandsvermögen

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.1. und 1.10.



Grafik: Sabine Graf

*) Abschreibungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.19.

des Kapitalersatzes und die flache Entwicklung der Realinvestitionen bedeuten, dass die Abschreibungen mit einer Umwandlung des Kapitalstocks aus Produktivkapital in Finanzkapital verbunden sind. Dies behindert das Wachstum und erfordert gleichzeitig eine Ausweitung des Sozialbudgets zur Substitution des ungenügenden Arbeitnehmereinkommens. (14) Hier haben auch die zur Krisenbewältigung empfohlenen vielfältigen „New Deal“-Konzepte und ihre „Sozialinvestitionsprogramme“, ja die gesamten Daseinsvorsorgeinvestitionen ihren Platz. (15)

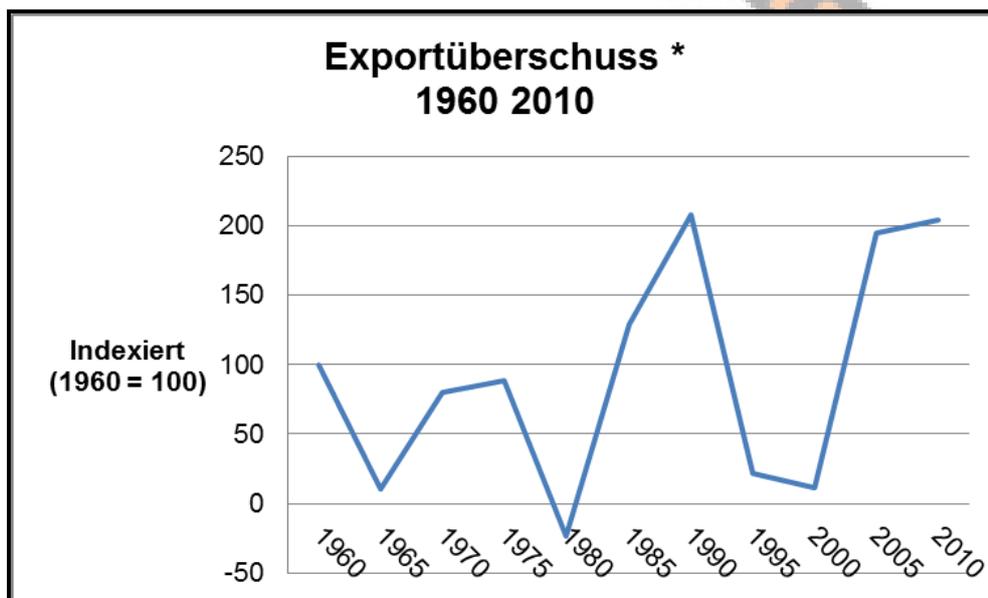
Wegen der Umschichtung des Kapitalstocks via Hochabschreibungen bei Niedriginvestitionen fehlt dann die entsprechende „Nachfrage“ nach Investitionsgütern, die neben dem aus den Arbeitnehmerentgelten kommenden Privatverbrauch der wichtigste Nachfragefaktor sind. Die via Sozialbudgetexpansion erweiterte Lohnmanipulation, d.h. Senkung der Löhne ist das andere Wachstumshindernis.

2.3. Sozialbudgetwachstum basiert Exportüberschüsse

Der Private Verbrauch in Deutschland ist vor allem auch statistisch wegen der schwachen Realinvestitionen gestiegen. Beides zusammen, als „Neben“-Lohnsenkung via „Sozialbudget“ und als „Neben“-Gewinnumschichtung via „Abschreibungen“ beeinträchtigt die Konsum – und Investitions - Nachfrage als Wachstumsvoraussetzung. Die Mehrwertproduktion bleibt zurück. Wie sind dann die Gewinne und „Neben“-Gewinne gleichwohl so stark angestiegen? Die Antwort ist einfach: Das Bruttonationaleinkommen wurde durch exzessive Ausweitung der Exportüberschüsse, d.h. Hergabe der Wertschöpfung ins Ausland erweitert.

Grafik: Exportüberschuss 1960 - 2010

Das nochmalige Ansteigen des Sozialbudgets im gleichen Zeitraum in dem auch die Exporte steil angestiegen sind ist sicherlich auch durch die Finanz- und Realkrise mitbedingt. Viel entscheiden der sind aber die berüchtigten „Reformen“ zur Erhöhung der „Wettbewerbsfähigkeit“, d.h. zur Manipulation der „Neben“-Löhne des Sozialbudgets (Stichwort: Hartz IV). Verkürzt gesagt: Durch Steigerung und Umschichtung des weitgehend aus Bruttolöhnen finanzierten Sozialbudgets konnte das Gesamtlohniveau zumindest relativ gesenkt werden. Dies ist der „sozialpolitische“ Mechanismus, mit dem Exportförderung durch Lohndumping betrieben wird.



Grafik: Sabine Graf

*) Export abzüglich Import als Anteil am Bruttoinlandsprodukt

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.4.

„Umverteilung“ von Sozialbeiträgen, Lohnsteuer und Mehrwertsteuer in Sozialleistungen und Daseinsvorsorgeeinrichtungen ist als gesamtwirtschaftlich „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“, sprich: Exportförderung durch Dumpinglohnpolitik.

Als weiterer Profit-Treiber kam mit der Währungsunion noch die Tatsache hinzu, dass durch den Euro der Leistungsbilanzausgleich von der Währungs- in die Lohn- und Beschäftigungspolitik verlagert wurde. Hier ergab sich dann zum Zweck der Arbeitsverbiligung erhöhter Transferbedarf. (16) Umgekehrt stellen die durchschnittlich höheren Exportindustrielöhne denjenigen Kanal dar, über den die Peripherisierung des EU-Südens beiträgevermittelt das Wachstum des deutschen Sozialbudgets mitfinanziert. (17)

2.4. Sozialbudgetwachstum kompensiert Privatsparen

Der (kapitalistische) Sozialstaat hat in seiner Wirkung als Sozialabbau „durch“ den Sozialstaat und keineswegs „am“ Sozialstaat bei den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen noch eine lange Zukunft. Um diese vielleicht doch etwas abzukürzen, wird man

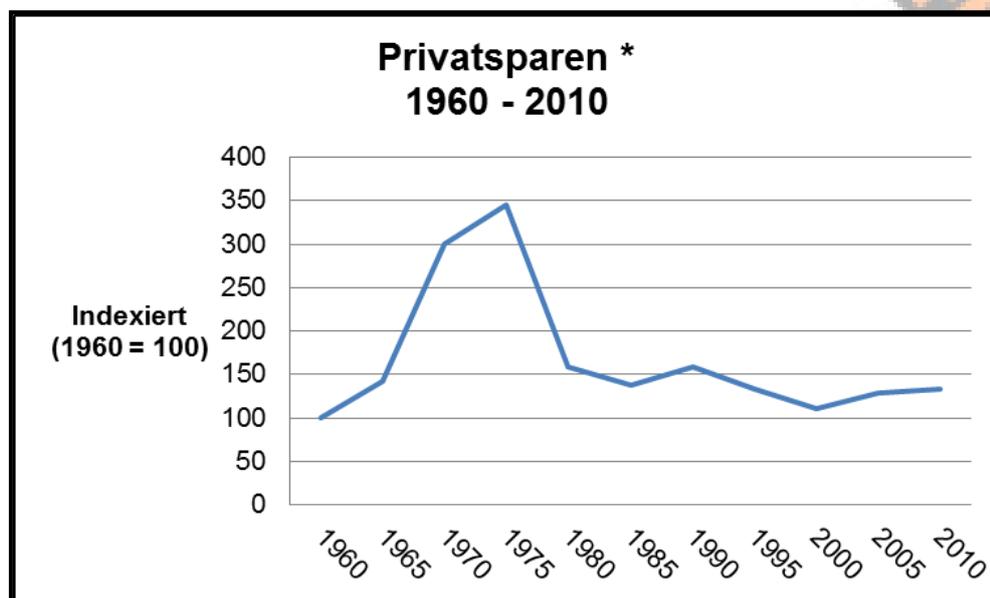
sich sehr viel mehr mit dieser vielgesichtigen Funktion des „Sozialen“, des „Sozialstaats“ und des „Sozialbudgets“ als eines von den realexistierenden Arbeitszeitanbietern und ihrem Arbeitsentgelt abgespaltenen sozusagen „Gesamtentgelts“ befassen müssen, das an den verschiedensten Frontabschnitten und in den verschiedensten Funktionen zum Einsatz kommt – und schöner weise leicht vor-enthalten bzw. nachgekürzt werden kann. Es gibt eine Diskussion, die sich mit den spezifischen Mystifikationen des Fetisch „Beitrag“, insbesondere seiner „Äquivalenz“ zum Lohn, der ja selbst alles andere als äquivalent zur Mehrwert erzeugenden Arbeit ist, befasst. (18) Das muss alles einmal richtig aufgearbeitet werden. Mit dürftigen Artikelchen zum Für und Wider von „Sozialinvestitionen“ in den Bereichen Bildung; Forschung und Entwicklung; Arbeitsmarktpolitik und Familie a la Mertens und Streeck ist es da nicht getan. (19)

Worauf statt dessen ein Blick geworfen werden muss, ist eine Funktion des „Sozialstaats“, speziell seiner Geldform, des „Sozialbudgets“, die ihm erst mit seinem mittlerweile enormen Volumen von über 30 Prozent zum BNE bzw. bald 800 Mrd. Euro zugewachsen ist. Der Sozialstaat ist keineswegs mehr nur realwirtschaftlich, finanzindustriell (20) oder finanzpolitisch (21) relevant, er ist auch geldpolitisch relevant: Wenn das Privatsparen in Deutschland derzeit bei 180 Mrd. Euro liegt, dann zeigt dies die überragende Rolle des „Sozialbudget“ als kollektives „Zwangssparen“ – vor allem aber als kollektive „Mindestreserve“ für das auf Deutschland bezogene Kreditvolumen der Regional- und Genossenschaftsbanken und der Geschäftsbanken. (22) Ganz im Unterschied zur politisch bevorzugten Sozialsicherung durch Kapitaldeckung, d.h. aus Zinserträgen, die nur den Finanzierungsgesellschaften unternehmerische Gewinnmaximierungsmöglichkeiten bietet, hat natürlich die Sozialsicherung durch Beitragsabgaben gesamtgesellschaftliche geldpolitische Konfiskationsmöglichkeiten und Manipulationsmöglichkeiten von ganz anderen Dimensionen.

Grafik: Privatsparen 1960-2010

Umgekehrt, und hier könnte sich die bislang so gesichert erscheinende Zukunft des kapitalistischen Sozialstaates durchaus verdütern, beinhaltet die durch die Euro-Krise und dabei das deutsche zunächst Nationalisierungsdiktat und später folgende Austerity-Diktat nötig gewordene EZB-Liquiditätsstrategie zweierlei: Eine

Entwertung der zinsempfindlichen Teile des „Sozialbudgets“, d.h. des Lohnfonds(23) und eine massive Entwertung der gesamten so-



Grafik: Sabine Graf

*) Sparen der Privathaushalte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

Quelle: Eigene Berechnung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.18.

genannten „kapital gedeckten“, d.h. zinsfinanzierten Formen der Sicherung von Ausbildung, Gesundheit, Alter, Pflege etc. (24) und damit (konflikthaltigen) Druck auf die Ausweitung des „Sozialbudgets“. Gleichzeitig besteht durch die Kombination von Liquiditätsstrategie und Austeritätsstrategie eine Tendenz zur Wertverschiebung in den Finanzvermögensbereich. (25)

Vor allem aber sind natürlich die glanzvollen „Siege an der Lohnfront“, die von den Konsensgewerkschaften zuletzt auch mit dem per se schon von der Müttermaut, den Sozialbeiträgen, der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer aufgezehrten „Mindestlohn“ errungen wurden gar nicht mehr so glanzvoll, wenn man sie dem Wertverlust des „Sozialbudgets“ bzw. der Lohnfonds durch die EZB-Liquiditätsstrategie gegenüberstellt. Im übrigen erfolgt eine derartige nachträgliche Lohnkürzung auch bei der Entwertung der privaten Sparvermögen der Arbeitnehmer. (26)

Nachbemerkung

Bei genauer Betrachtung des „Sozialen“ im deutschen Kapitalismus, insbesondere des heißgeliebten „Sozialstaats“ und seines „Sozialbudgets“ bieten sich erste Perspektiven, wie man die bemerkenswerte Zählebigkeit dieser traditionsreichen Täuschungseinrichtung (verbunden u.a. mit den Namen v. Bismarck, Hitler, Adenauer, Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel) eventuell etwas beeinträchtigen kann.

Zunächst bietet es sich da an, die in den 1980er und 1990er Jahren geführte Debatte über eine politische, ökonomische und soziale Kontrolle des „Sozialbudgets“ durch „Regionalisierung“ desselben wieder aufzunehmen. Vor allem aber stellt sich im skizzierten Kontext aber die Frage nach dem Stellenwert des „Bedingungslosen Grundeinkommen“ (BGE) als sozusagen einer Abschreibung auf das Arbeitsvermögen. An dieser Diskussion können sich dann gerne auch die üblichen Verdächtigen aus dem Lager der „gewerkschaftsnahen“ Ökonomen beteiligen, die ja seit Jahrzehnten Verständnisprobleme mit einer politischen und damit sozialkulturellen Ökonomie haben und daher in den 1960er bis 1980er Jahren auch nicht ernst genommen worden sind – im Zuge der grauenvollen Kampagne „UmFairteilen“ haben sie dann noch einmal mit dem bekannten Misserfolg (hoffentlich letztmalig) Furore gemacht.

Anmerkungen:

- 1) Goeschel, Albrecht: (Kapitalistischer) Sozialstaat: Nicht er ist in Gefahr – er selber ist die Gefahr. Hrsg.: Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona/Marquartstein 2014
- 2) Goeschel, Albrecht: Hohe Gesundheitsausgaben sind die Garantie für Wirtschaftswachstum. In: Ärzte-Zeitung, 25.2.1983
- 3) Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung? Die Zerstörung des Europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): EURO-Rettet eine Sozial-Union Europa?, Düsseldorf 2013, S.11 ff.
- 4) Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2012: Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, PapyRossa Verlag, Köln 2012, S. 245 ff., Gammel, Cerstin; Löw, Raimund: „Jedem seine Scheiße“ - Wie Angela Merkels nationaler Egoismus die EU

- aufs Spiel setzt. In: **Blätter für deutsche und internationale Politik**, Köln 5/2014, S. 43- 58; Giegold, Sven: **Ende der Solidarität? Das Sozialstaatsmodell der EU-Staaten in der Finanz- und Wirtschaftskrise**, Manuskript o. A.; Lehndorff, Steffen: **Fiskaldiktatur kontra Sozialmodell: Die deutsche Politik vertieft die Krise**. In: **Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): A.a.O., S. 39 ff.** und Troost, Axel: **Antworten auf die Euro-Krise: Wachstumspakt und Ausgleichsunion**, Manuskript o.A.
- 5) **Horn, Gustav A.: Die deutsche Krankheit: Sparwut und Sozialabbau**, Carl Hanser Verlag, München 2005, S.116-158; ders.: **Des Reichtums fette Beute – wie die Ungleichheit unser Land ruiniert**, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2011; Lehndorff et al.: **Vor der Krise und in der Krise: Das deutsche Beschäftigungsmodell: Ein Modell für die ganze Welt ?**In: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): **Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells**, VSA – Verlag, Hamburg 2009, S. 20-46, bes. S. 29 ff. und ver.di Bundesvorstand (Hrsg.): **Eurokrise ohne Ende: In: Wirtschaftspolitische Informationen**, Berlin Mai 2012
 - 6) **Müller, Wolfgang; Neusüss, Christel: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital**. In: **Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 1**, Berlin Juni 1971
 - 7) **Hensen, Hartmut: Die Finanzen der Sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft – Versuch einer ökonomischen Analyse**. Kieler Studien 36. Hrsg. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1955
 - 8) **Goeschel, Albrecht: Raumordnung, Sozialsicherung und Gesundheitsversorgung: Eine neue Fragestellung in Wissenschaft und Politik**. In: **Die Ortskrankenkasse, Bad Godesberg, 9-10/1987, S.266-269**
 - 9) **Literatur siehe [sofis.gesis.org/sofiswiki/Albrecht Goeschel](http://sofis.gesis.org/sofiswiki/Albrecht_Goeschel)**
 - 10) **Lediglich für die verschiedenen Verbandsebenen des Sozialverbandes VdK werden seit 2010 „Diskussionspapiere“ erstellt, die makroökonomische und sozialpolitische Fragestellungen verknüpfen. Siehe bspw. Fußnoten 12 und 15**
 - 11) **Busch, Ulrich; Land, Rainer: Teilhabekapitalismus: Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950-2009**. In: **Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch**. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012, S. 118

- ff. und Horn, Gustav A., Des Reichtums fette Beute – wie die Ungleichheit unser Land ruiniert. A.a.O., Abb.10
- 12) **Goeschel, Albrecht: Mindestlohn statt Sparpaket: Nur Inlandswachstum führt aus der Schuldenfalle. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein April 2010**
 - 13) **Vgl. Anmerkung 11**
 - 14) **Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S.127 ff.; Müller, Wolfgang; Neusüss, Christel: A.a.O., S. 37 ff.**
 - 15) **Goeschel, Albrecht: Staatsverschuldung und Lohnabbau fördern Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen: Gesellschaftsspaltung oder Daseinsvorsorge als Problemlösung? Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein Januar 2011 und ders.: Europaweite Bewegung für ein Sozialeuropa? Mit gemeinwirtschaftlicher Investitionspolitik aus der Krise? Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein August 2013**
 - 16) **Hardes, H. Dieter: Zur Frage der Notwendigkeit einer strategischen Koordinierung der Beschäftigungspolitik in Europa. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Stuttgart, 2 – 1999, S.203-218**
 - 17) **Hauptmann, Andreas; Schmerer, Hans-Jörg: Wer profitiert vom deutschen Exportboom? In: IAB-Kurzbericht 20/2012. Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg**
 - 18) **Im Internet finden sich hierzu Beiträge von der Industriesoziologin Mag Wompe**
 - 19) **Mertens, Daniel; Streeck, Wolfgang: Düstere neue Welt: Fiskalische Austerität und öffentliche Investitionen. In: Ökonomenstimme.
<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/10/duestere...>**
 - 20) **“Realwirtschaft“: Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzkasino. Hrsg. Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 2010**
 - 21) **Bohsem, Guido: Rettende Reserven. In: Süddeutsche Zeitung, 4.12.2012; ders.: Verschiebebahnhof. In: Süddeutsche Zeitung, 18.10.2013; Hensen, Hartmut: A.a.O., S.19 ff. und 31 ff. sowie Fuhrke, Monika: A.a.O., S. 44 ff.**
 - 22) **Das Sozialbudget ist selbst auf weite Strecken „virtuelles“ Kapital, der „Generationenvertrag“ eine Kreditvereinbarung. Zugleich ist es aber national gebundenes Kapital und eine Art „Wechsel“-Geld auf zukünftige Wertschöpfung. Kurz, Robert: Das Weltkapital: Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Edition Tiamat, Berlin 2005, S.114 ff., bes. S. 122 und 223 ff.**

- 23) **Goeschel, Albrecht: EZB-Liquiditätsstrategie: Lohnfondsdezi-
mierung und Stagflation als beabsichtigte Nebenfolgen der
Euro-Krise? Hrsg.: Accademia ed Istituto per la Ricerca So-
ciale Verona, Verona/Marquartstein April 2013, bes. S. 13 ff.
und NN: Unprofessionell und verbesserungsbedürftig. In:
PKV-Publik, Berlin, Dezember 2011, S. 10-11**
- 24) **Brückner, Michael: Wie die Notenbanken die Bürger schlei-
chend enteignen. In: Kopp-exklusiv,34/12,www.kopp-exklu-
siv.de, S.1-2 und Öchsner, Thomas: In der Vorsorgefalle. In:
Süddeutsche Zeitung, 5./6.10.2013**
- 25) **Wendl, Michael: Was kann Geldpolitik? Zum besseren Ver-
ständnis von Überakkumulation und Finanzmarkt. In: Sozia-
lismus 9/2013,S. 53-59**
- 26) **Boehringer, Simone: Helft den Sparern! In: Süddeutsche Zei-
tung, 9.1.2014 und diess.: Die Zinsfalle. In: Süddeutsche Zei-
tung,8./9.3. 2014**

Sozialbudget 1960 – 2010

Jahre	Sozialbudgetleistungen zu Bruttonationalein- kommen DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	11,30	100
1965	11,36	100,53
1970	23,28	206,2
1975	28,78	254,69
1980	28,21	249,65
1985	27,54	243,72
1990	25,67	227,17
1995	28,56	252,74
2000	29,92	264,78
2005	29,69	262,74
2010	30,15	266,81

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.1. und 7.1.

**Privatverbrauch*
1960 – 2010**

Jahre	Privatkonsum am Bruttoinlandspro- dukt DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	56,31	100
1965	56,11	99,64
1970	53,41	94,85
1975	55,69	98,90
1980	56,18	99,77
1985	55,75	99,01
1990	53,46	94,94
1995	57,69	102,45
2000	58,37	103,66
2005	58,76	104,35
2010	57,45	102,2

*) Privatkonsum

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 20011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.4.

Realinvestitionen*
1960 – 2010

Jahre	Bruttoanlageinvestitionen zu Bruttoinlandsprodukt DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	24,38	100
1965	26,11	107,10
1970	25,51	104,63
1975	20,61	84,54
1980	22,58	92,62
1985	19,70	80,88
1990	21,26	87,20
1995	21,91	89,87
2000	21,47	88,06
2005	17,28	70,88
2010	17,51	71,82

*) Bruttoanlageinvestitionen

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.4.

Gewinnentwicklung*
1960 – 2010

Jahre	Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu Bruttonationalein- kommen DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	33,47	100
1965	27,13	81,06
1970	26,84	80,19
1975	22,55	67,37
1980	20,68	61,79
1985	23,10	69,02
1990	24,88	74,34
1995	22,44	67,05
2000	21,21	63,37
2005	25,61	76,52
2010	25,17	75,20

*) Ab 1970 Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen zzgl. Saldo der Gewinne/Verluste aus
Auslandsvermögen

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches
Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.1. und 1.10.

**Kapitalersatz*
1960 – 2010**

Jahre	Abschreibungen zu Bruttoinlandsprodukt DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	7,77	100
1965	9,43	121,36
1970	11,24	144,66
1975	12,60	162,14
1980	13,21	170,01
1985	14,20	182,75
1990	13,89	178,76
1995	14,24	183,27
2000	14,72	189,45
2005	14,74	189,70
2010	15,21	195,75

*) Abschreibungen

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.19.

**Exportüberschuss*
1960 – 2010**

Jahre	Außenbeitrag am Bruttoinlandspro- dukt DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	2,67	100
1965	0,28	10,49
1970	2,14	80,15
1975	2,37	88,76
1980	-0,64	-23,97
1985	3,44	128,84
1990	5,55	207,87
1995	0,59	22,10
2000	0,31	11,61
2005	5,21	195,13
2010	5,47	204,87

*) Außenbeitrag als Export abzgl. Import

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.4.

**Privatsparen*
1960 – 2010**

Jahre	Privates sparen zum Bruttoinlandspro- dukt DM/EUR %	Indexiert (1960 = 100)
1960	5,47	100
1965	7,80	142,60
1970	16,39	299,63
1975	18,88	345,16
1980	8,68	158,68
1985	7,57	138,39
1990	8,71	159,23
1995	7,28	133,09
2000	6,04	110,42
2005	7,05	128,88
2010	7,30	133,46

*) Sparen der Privathaushalte

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch Arbeits- und Sozialstatistik 2004 – 2011, Bonn 2011, Tab. 1.2. und 1.18.